



Niederschrift

über die Sitzung

des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

am 18.10.2011

Anwesend

- Vorsitz

Herr Beck, Günter

Bürgermeister

- Mitglieder

Frau Binz, Katharina

Herr Dietz, David

Herr Helm-Becker, Ansgar

Herr Hensen, Christian

Herr Jera, Denny

Herr Jessen, Jens Prof. em. Dr.

Herr Leinen, Felix Prof. Dr.

Frau Litzenburger, Andrea Dr.

Herr Schäfer, Herbert

Herr Schönig, Hannsgeorg

Herr Stauffer, Hermann Dr.

Herr Sucher, Oliver

Herr Vicente, Miguel

Herr Viering, Christian

Stellvertretung für Frau Groden-Kranich

Stellvertretung für Frau Hirsch

Urkundsperson

Stellvertretung für Herrn Dr. Tress

Urkundsperson

Stellvertretung für Herrn Köbler

Entschuldigt fehlen

- Mitglieder

Frau Groden-Kranich, Ursula

Frau Hirsch, Hannelore

Herr Köbler, MdL, Daniel

Herr Tress, Peter Dr.

- Schrifführung

Herr Fehlisch, Harald

Tagesordnung

a) nicht öffentlich

1. Entscheidung über die öffentliche Behandlung der Punkte 2 bis 13

b) öffentlich

2. Haushaltsangelegenheiten
 - 2.1. Hochwasserschutzmaßnahmen gem. §84 Abs.4 Landeswassergesetz (LWG); Umsetzung von Haushaltsmitteln aus dem Finanzhaushalt (PSP-Element 7.000.420) in den Ergebnishaushalt für das Jahr 2010 und 2011 und Nachbewilligung von 51.000 € für 2011
 - 2.2. Außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 566.869,45 € für Transferzahlungen an die AÖR für das Haushaltsjahr 2010 gemäß Rahmenvereinbarung zwischen der Stadtverwaltung Mainz und dem Wirtschaftsbetrieb
 - 2.3. Überplanmäßige Mittelbereitstellung i.H.v. 721.500 € für die Kosten der Straßenbeleuchtung für das Haushaltsjahr 2011 aufgrund geänderter gesetzlicher Rahmenbedingungen
3. Berichtswesen/Finanzcontrolling (Berichtspflicht)
4. Erhöhung der Eintrittsgelder für die Gifftierausstellung vom 11.09.2012 bis 14.01.2013
5. Einrichtung von neuen Ganztagschulen in Angebotsform zum Schuljahr 2012/13
6. Bildungs- und Teilhabepaket
7. Neubau einer siebengruppigen städt. Kindertagesstätte in der Elsa-Brändström-Straße, Mainz-Gonsenheim
8. Städt. Kindertagesstätte Bretzenheim-Holunderweg; Umstrukturierung des Betreuungsangebots
9. Zustimmung der Stadt Mainz als Gesellschafter der ivm (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain) GmbH zum Beitritt des RMV
10. Wirtschaftliche Beteiligungen
 - 10.1. Kommunale Datenzentrale Mainz;
11. Kindertagesstätten; Kosten der Stadt Mainz für neue Maßnahmen 2009 - 2012

12. Allgemeine Berichterstattung "Schuldenmanagement"

13. Mitteilungen

c) nicht öffentlich

14. Berichterstattung "Schuldenmanagement" für den Zeitraum 30.07.2011 bis 26.09.2011

15. Niederschlagung und Erlass von Forderungen

16. Grundstücksangelegenheit;

17. Wirtschaftliche Beteiligungen

18. Mitteilungen

Der Vorsitzende eröffnet um 16:33 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Hinsichtlich der Tagesordnung beschließt man mit der erforderlichen Mehrheit die Aufnahme folgender TOP`s:

TOP 2.2

*Außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 566.869,45 € für Transferzahlungen an die AÖR für das Haushaltsjahr 2010 gemäß Rahmenvereinbarung zwischen der Stadtverwaltung Mainz und dem Wirtschaftsbetrieb, Anstalt des öffentlichen Rechts, über die gegenseitige Nutzung von Dienstleistungen vom 19.02.2010
hier: Teilhaushalt 61-Stadtplanungsamt
Vorlage: 1712/2011*

TOP 2.3

*Überplanmäßige Mittelbereitstellung i.H.v. 721.500 € für die Kosten der Straßenbeleuchtung für das Haushaltsjahr 2011 aufgrund geänderter gesetzlicher Rahmenbedingungen
hier: Teilhaushalt 61 - Stadtplanungsamt
Vorlage: 1718/2011*

TOP 17.4

*Wirtschaftliche Beteiligungen; SPAZ gGmbH
hier: Beitritt der Landeshauptstadt Mainz zum Tarifvertrag zur Sicherung der Arbeitsplätze
Vorlage: 1760/2011
Die Vorlage war bereits in der Einladung angekündigt, aber erst zur Sitzung als Tischvorlage ausgelegt.*

Des Weiteren wurden geänderte Beschlussvorschläge zu den TOP`s 5, 6 und 7 ausgelegt.

Einwendungen gegen die so geänderte Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 2 **Haushaltsangelegenheiten**

Punkt 2.1 **Hochwasserschutzmaßnahmen gem. §84 Abs.4 Landeswassergesetz (LWG); Umsetzung von Haushaltsmitteln aus dem Finanzhaushalt (PSP-Element 7.000.420) in den Ergebnishaushalt i.H.v. 74.000 € für das Jahr 2010 und 23.000 € für das Jahr 2011 und Nachbewilligung von 51.000 € für 2011.**
hier: Teilhaushalt 61-Stadtplanungsamt
Vorlage: 1510/2011

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt einstimmig mit 15 Ja-Stimmen ohne weitere Aussprache der Vorlage entsprechend dem Beschlussvorschlag zu. Grundlage und Bestandteil der Beschlussfassung ist die Vorlage der Verwaltung vom 18.08.2011, Amt/Aktz.: Dezernat V/61.3/60.

Punkt 2.2 **Außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 566.869,45 € für Transferzahlungen an die AÖR für das Haushaltsjahr 2010 gemäß Rahmenvereinbarung zwischen der Stadtverwaltung Mainz und dem Wirtschaftsbetrieb, Anstalt des öffentlichen Rechts, über die gegenseitige Nutzung von Dienstleistungen vom 19.02.2010**
hier: Teilhaushalt 61-Stadtplanungsamt
Vorlage: 1712/2011

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt mehrheitlich mit 14 Ja-Stimmen bei 1 Nein-Stimme der Vorlage entsprechend dem Beschlussvorschlag zu. Grundlage und Bestandteil der Beschlussfassung ist die Vorlage der Verwaltung vom 22.09.2011, Amt/Aktz.: Dezernat V/61.3/60.

Punkt 2.3 **Überplanmäßige Mittelbereitstellung i.H.v. 721.500 € für die Kosten der Straßenbeleuchtung für das Haushaltsjahr 2011 aufgrund geänderter gesetzlicher Rahmenbedingungen**
hier: Teilhaushalt 61 - Stadtplanungsamt
Vorlage: 1718/2011

Herr Appel, 60- Bauamt, legt den Ausschussmitgliedern die Gründe für die überplanmäßige Mittelbereitstellung dar.

Frau Dr. Litzenburger kritisiert die Tatsache, dass die Stromkostenerhöhung keinen Eingang in die Nachmeldung für die Haushaltsplanung 2011/2012 gefunden hat, obwohl das Dezernat VI auf die prognostizierte Erhöhung hingewiesen hat. Dies sei mit dem Grundsatz der Haushaltsklarheit und Wahrheit nicht vereinbar.

Herr Helm-Becker bittet, die Netznutzungsentgelte ebenfalls, wie bei der Stromsteuer bzw. bei der Erhöhung EEG, in einer Summe bzw. zahlenmäßig darzustellen.

Herr Sucher möchte wissen, wie die vertragliche Regelung mit den Stadtwerken bezüglich der Straßenbeleuchtung ausgestaltet ist. Herr Appel ist es nicht möglich, zu den vertraglichen Inhalten Stellung zu nehmen bzw. Auskünfte zu erteilen.

Unter Hinweis auf den noch bestehenden Klärungsbedarf zieht Herr Beck die Vorlage zurück und schlägt vor, die Vorlage in der nächsten Sitzung des Ausschusses erneut einzubringen.

Die Anregungen sind dabei in die Vorlage einzuarbeiten.

Gleichzeitig wird darum gebeten, dass Herr Ingenthron dann im Ausschuss zu Fragen hinsichtlich der Vertragsgestaltung Stellung nehmen kann.

Punkt 3 **Berichtswesen/Finanzcontrolling (Berichtspflicht)** **Vorlage: 1736/2011**

Zu der Vorlage und dem vorliegendem Muster des Finanzcontrollingberichtes erläutert Herr Kandel von der Finanzverwaltung den Mitgliedern des Ausschusses die Details des neuen Finanzcontrolling. Als wesentliches Merkmal hebt Herr Kandel dabei die Möglichkeit einer Jahresprognose bzw. eines für das Jahresende automatisch ermittelten Prognosewertes hervor.

Der Berichtspflicht ist dabei mindestens halbjährlich nachzukommen, wobei es den Gemeinden freigestellt ist, unterjährig auch öfter zu berichten.

Die Stadt Mainz beabsichtigt die Gremien in einer vierteljährlichen Berichtspflicht über die Finanz- und Leistungsziele zu unterrichten.

Herr Vincente begrüßt das neue Instrument des Finanzcontrollings, wenn gleich sich die Frage nach dem Aufwand und dem erzielbaren Nutzen stellt. Im Hinblick auf die verschiedenen Möglichkeiten einer Auswertung sei bei einer Quartalsauswertung das erste Quartal wenig aussagekräftig. Es sei daher zu überlegen, ob man dieses Quartal nicht berücksichtigt und nur das zweite und dritte Quartal berichtsmäßig darstellt bzw. auswertet.

Frau Dr. Litzenburger befürwortet ebenfalls die neue Möglichkeit des Controllings und erwartet aus der Umsetzung konkrete Ergebnisse, da ansonsten das ganze nur eine Spielerei sei.

Herr Bürgermeister Beck sieht durchaus die Möglichkeit als gegeben an, bereits im ersten Vierteljahr bestimmten Entwicklungen entgegenzusteuern und spricht sich daher für die Beibehaltung einer quartalsmäßigen Auswertung aus.

Die Mitglieder des Ausschusses sind mit dem vorgelegten Muster einverstanden und nehmen den in der Vorlage dargestellten Zeit- und Aktivitätenplan so zur Kenntnis.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen nimmt von dem Berichtswesen/Finanzcontrolling in der so vorgestellten Form Kenntnis.

Grundlage und Bestandteil der Kenntnisaufnahme ist die Vorlage der Verwaltung vom 28.09.2011, Amt/Aktz.: Dezernat II/20 – Amt für Finanzen, Beteiligungen und Sport.

Punkt 4 **Erhöhung der Eintrittsgelder für die Giffierausstellung vom 11.09.2012 bis 14.01.2013**
Vorlage: 1539/2011

Herr Helm-Becker möchte wissen, ob der nach der Kostenkalkulation festgestellte Gewinn von 460 € nicht zu knapp bemessen sei bei einer Ausstellung dieser Größenordnung.

Herr Dr. Schmitz vom Naturhistorischen Museum führt hierzu aus, dass man bei der Kalkulation Besucherzahlen von ähnlich gelagerten Ausstellungen zu Grunde gelegt hat. Sollten die Zuschauerzahlen aber nicht erreicht werden und sich eventuell ein Fehlbetrag ergeben, werde dieser über das Amtsbudget ausgeglichen.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt sodann einstimmig mit 15 Ja-Stimmen der Vorlage entsprechend dem Beschlussvorschlag zu.

Grundlage und Bestandteil der Beschlussfassung ist die Vorlage der Verwaltung vom 24.08.2011, Amt/Aktz.: Dezernat VI/.

Punkt 5 **Einrichtung von neuen Ganztagschulen in Angebotsform zum Schuljahr 2012/13**
Vorlage: 1576/2011

Auf Fragen aus dem Kreis der Ausschussmitglieder nach den genauen Kosten für die Erweiterung bzw. den Neubau einer gemeinsamen Mensa für den Ganztags-schulbetrieb des Gutenberg-Gymnasiums und der Ludwig-Schwamb-Schule teilt Herr Beigeordneter Merkator mit, das genauere Details hierzu in der Sitzung des Werkausschusses der GWM dargestellt werden können.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt sodann einstimmig mit 15 Ja-Stimmen ohne weitere Aussprache der Vorlage entsprechend dem als Tischvorlage ausgelegten erweiterten Beschlussvorschlag zu.

Grundlage und Bestandteil der Beschlussfassung ist die Vorlage der Verwaltung vom 06.09.2011, Amt/Aktz.: Dezernat IV/401204/0.

Punkt 6 **Bildungs- und Teilhabepaket**
hier: Einführung von Schulsozialarbeit an Grundschulen
Vorlage: 1635/2011

Herr Beigeordneter Merkator stellt den Ausschussmitgliedern die wesentlichen Inhalte der Beschlussvorlage vor und weist auf die grundsätzliche Bedeutung der Schulsozialarbeit sowie auf den Ausbau neuer Standorte und der Stärkung bisheriger Standorte der Schulsozialarbeit hin.

Auf Frage von Herrn Schönig nach den Aufgaben einer Koordinierungsstelle bzw. eines Koordinators führt Frau Roth vom Jugendamt aus, dass die Aufgabe darin besteht, die von freien Trägern an den Hauptschulen, Realschulen Plus und Berufsschulen bereits geleistete Schulsozialarbeit zu koordinieren und fachlich zu begleiten um somit das Konzept der Schulsozialarbeit an den Grundschulen weiterzuentwickeln und umzusetzen.

Herr Beigeordneter Merkator ergänzt, dass die Ausschreibung der Stelle Mitte bis Ende November 2011 erfolgen wird und die Besetzung für März 2012 vorgesehen ist.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt sodann einstimmig mit 15 Ja-Stimmen ohne weitere Aussprache der Vorlage entsprechend dem als Tischvorlage ausgelegten erweiterten Beschlussvorschlag zu.

Grundlage und Bestandteil der Beschlussfassung ist die Vorlage der Verwaltung vom 15.09.2011, Amt/Aktz.: Dezernat IV/351 11 04 1.

Punkt 7 **Neubau einer siebengruppigen städt. Kindertagesstätte in der Elsa-Brändström-Straße, Mainz-Gonsenheim**
Vorlage: 1599/2011

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt einstimmig mit 15 Ja-Stimmen ohne weitere Aussprache der Vorlage entsprechend dem als Tischvorlage ausgelegten erweiterten Beschlussvorschlag zu.

Grundlage und Bestandteil der Beschlussfassung ist die Vorlage der Verwaltung vom 12.09.2011, Amt/Aktz.: Dezernat IV/51 03 02 00.

Punkt 8 **Städt. Kindertagesstätte Bretzenheim-Holunderweg; Umstrukturierung des Betreuungsangebots**
Vorlage: 1610/2011

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt einstimmig mit 15 Ja-Stimmen ohne weitere Aussprache der Vorlage entsprechend dem Beschlussvorschlag zu. Grundlage und Bestandteil der Beschlussfassung ist die Vorlage der Verwaltung vom 13.09.2011, Amt/Aktz.: Dezernat IV/51 03 02 00.

Punkt 9 **Zustimmung der Stadt Mainz als Gesellschafter der ivm (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain) GmbH zum Beitritt des RMV**
Vorlage: 1517/2011

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt einstimmig mit 15 Ja-Stimmen ohne weitere Aussprache der Vorlage entsprechend dem Beschlussvorschlag zu. Grundlage und Bestandteil der Beschlussfassung ist die Vorlage der Verwaltung vom 22.08.2011, Amt/Aktz.: Dezernat V/68 14 02.

Punkt 10 **Wirtschaftliche Beteiligungen**

Punkt 10.1 **Kommunale Datenzentrale Mainz;**
hier: Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2010
Vorlage: 1323/2011

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt einstimmig mit 15 Ja-Stimmen ohne weitere Aussprache der Vorlage entsprechend dem Beschlussvorschlag zu. Grundlage und Bestandteil der Beschlussfassung ist die Vorlage der Verwaltung vom 02.08.2011, Amt/Aktz.: Dezernat I/16-KDZ/16 00 01.

Punkt 11 **Kindertagesstätten; Kosten der Stadt Mainz für neue Maßnahmen
2009 - 2012**
Vorlage: 1796/2011

Wie in der letzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 23.08.2011 gefordert, wird den Ausschussmitgliedern eine Darstellung über die Kosten von Kindertagesstätten der Stadt Mainz für neue Maßnahmen der Jahre 2009 – 2012 zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Am Beispiel der Kindertagesstätte Mainz-Finthen, Mittelweg, macht Herr Beigeordneter Merkator deutlich, dass bei Kosten in Höhe von insgesamt 3,2 Mio. € das Land sich lediglich mit einem Zuschuss von rund 500.000 € an der Maßnahme beteiligt. Dieses Verhältnis zwischen tatsächlichen Kosten und Zuschuss ist in dieser Form so auch auf andere Einrichtungen übertragbar. Insofern kann nicht von dem Konexitätsprinzip gesprochen werden.

Herr Vincente bedankt sich für die ausführliche Darstellung und bittet um Fortführung unter Einbindung neuer bzw. laufender Maßnahmen.

Herr Sucher bedankt sich ebenfalls für die geleistete Arbeit. Auch wenn das Erarbeiten dieser Darstellung mit einem gewissen Aufwand verbunden war, sieht er es als erforderlich an, solch eine Darstellung auch für den Bereich der Schulen zu fertigen, da hier die gleiche Problematik gegeben ist.

Der Ausschuss stimmt diesem Vorschlag zu und nimmt die vorgelegte Darstellung so zur Kenntnis.

Grundlage und Bestandteil der Kenntnisnahme ist die Vorlage der Verwaltung vom 11.10.2011, Amt/Aktz.: Dezernat IV/51 03 02 00.

Punkt 12 **Allgemeine Berichterstattung "Schuldenmanagement"**

An Hand einer Power Point Präsentation stellt Herr Domrös von der Finanzverwaltung den Mitgliedern des Finanzausschusses die grundsätzlichen Ziele des Schuldenmanagements der Stadt Mainz vor.

In den Ausführungen legt Herr Domrös unter anderem dar, dass man nach heutigen Prognosen weiterhin von einem niedrigen Zinsniveau in Deutschland ausgeht. Da dies aber nicht so bleiben wird, gilt es unter anderem durch Senkung der Durchschnittsverzinsung des Portfolios und durch die Begrenzung der Zinsänderungsrisiken eine gewisse Sicherheit für die nächsten Jahre zu erreichen.

Die Umsetzung erfolgt dabei sowohl im Bereich der Investitions- als auch der Liquiditätskredite.

Als ein Steuerungsinstrument dient dabei zum Beispiel die Vermeidung oder Beseitigung von sogenannten Klumpenrisiken. Man versucht damit den Fall zu umgehen, dass mehrere Darlehen zum gleichen Stichtag auslaufen und neu prolongiert werden müssen.

Punkt 13 Mitteilungen

Herr Bürgermeister Beck nimmt Stellung zu einem Brief der CDU-Stadtratsfraktion vom 10.10.2011 und betont, dass das Schreiben der ADD mit der Haushaltsgenehmigung zwar auf den 15.09.2011 datiert, der Brief aber erst am 23.09.2011 bei der Finanzverwaltung eingegangen ist. Die Genehmigungsverfügung selbst wurde noch am gleichen Nachmittag den Fraktionen zugestellt. Selbstverständlich steht er der CDU-Fraktion, wie auch den anderen Fraktionen, für Gespräche über die aktuelle Finanzsituation zur Verfügung.

Ende der Sitzung: 18:25 Uhr

gez. Beck
.....
Vorsitz

gez. Fehlisch
.....
Schrifführung

gez. Dr. Litzenburger
.....
Urkundsperson

gez. Vincente
.....
Urkundsperson